

Flächendeckend



Anna Sax

Dreieinhalb Millionen Haushalte gibt es in der Schweiz, und alle erhalten sie eines oder mehrere Kundenmagazine ihrer Krankenversicherung. Die Kundenmagazine informieren über die neuesten Versicherungsprodukte, über Personen, Kochrezepte und gesunden Lebenswandel. Auch ich blättere jeweils im Magazin meiner Krankenkasse und bleibe manchmal an einem Artikel hängen. Diesmal war es ein Artikel über Verwaltungskosten. Meine Krankenversicherung informierte darüber, wie effizient die Krankenversicherer im Vergleich zu den staatlichen Sozialversicherungen arbeiten würden: Nirgendwo seien die Verwaltungskosten niedriger als bei der sozialen Krankenversicherung. «Im Gegensatz zu den Monopolbetrieben, wo die Kunden keine Wahlfreiheit haben», klärt mich meine Krankenversicherung auf, «müssen Krankenversicherer am Markt bestehen und ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis

anvertraut. Diese benehmen sich nun so, als wären sie private Unternehmer und müssten sich in einem Wettbewerb behaupten. Das trifft für die privaten Zusatzversicherungen durchaus zu. Die soziale Krankenversicherung dagegen gehört der Öffentlichkeit. Entsprechend hält der Bundesrat fest: «Informationen in Kundenmagazinen der Krankenversicherer haben den Grundsätzen der Objektivität, Sachlichkeit und Transparenz zu entsprechen.» Diese Grundsätze werden von einigen grossen Versicherern mit mehreren Hunderttausend Versicherten ganz offensichtlich nicht eingehalten, und noch weniger von ihren Dachverbänden. Natürlich ist es für die Krankenversicherer nicht einfach, der Versuchung zu widerstehen: Niemand ausser ihnen verfügt über einen derart lückenlosen Kanal, um seine politischen Botschaften an die Bevölkerung zu bringen. Wer träumt nicht davon, flächendeckend Zugang zu

«Politische Propaganda gehört nicht ins Aufgabenheft einer Krankenkasse.»

anbieten.» Es ist klar, worum es hier geht. Die Botschaft lautet, dass die Kassenvielfalt einer Einheitskasse vorzuziehen sei. Die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse wird jedoch im Text nicht erwähnt, und die Versicherten werden auch nicht zu einem bestimmten Stimmverhalten aufgerufen. Meine Krankenkasse macht mit meinen Prämiegeldern keine unverhohlene Abstimmungspropaganda. Das beruhigt mich.

Andere und bedeutend grössere Krankenversicherer sind da weniger zurückhaltend. Sie machen Stimmung gegen die «linke» Einheitskasse und erklären ihren Versicherten via Kundenmagazin unmissverständlich, wie sie am 28. September abzustimmen haben. Das ist ungesetzlich, wie der Bundesrat Anfang Juni zum wiederholten Mal bestätigt hat, denn «die Durchführung der sozialen Krankenversicherung ist eine öffentliche Aufgabe». Sie wurde den Versicherern lediglich übertragen, und so haben sie sich bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe wie Behörden zu verhalten. Mit anderen Worten: Politische Propaganda gehört nicht ins Aufgabenheft einer Krankenkasse. Die Politik hat den Versicherern die Durchführung der sozialen Krankenversicherung

den Schweizer Haushalten zu haben und so seine politische Botschaft zu platzieren? Eine einzige politische Partei, die über einen finanziell überaus potenten Exponenten verfügt, konnte es sich in den letzten Jahren leisten, sämtliche Schweizer Haushalte mit Propaganda zu beliefern.

Bereits 2006, im Vorfeld der letzten Abstimmung über eine Einheitskasse, warf ein Rechtsgutachten den Krankenversicherern vor, in unzulässiger Weise Prämiegelder im Abstimmungskampf einzusetzen. Diesmal haben die Versicherer und der Dachverband santésuisse kommuniziert, dass sie fünf Millionen Franken in den Abstimmungskampf gegen die öffentliche Krankenkasse investieren wollen, und gleichzeitig kundgetan, dass sie kein Geld der sozialen Krankenversicherung für politische Propaganda einsetzen werden. Sie finanzieren ihre Abstimmungskampagne aus den Gewinnen der privaten Zusatzversicherung. Das kann ihnen niemand verbieten. Doch auch als Zusatzversicherte wäre ich nicht begeistert von der Idee, dass ich mit meinen Prämiegeldern eine politische Kampagne mitfinanziere.

Anna Sax*

* Anna Sax, lic. oec. publ., MHA, Mitglied der Redaktion, ist Mitinhaberin und Geschäftsführerin der Tradig GmbH für transdisziplinäre Analysen im Gesundheitswesen.

anna.sax[at]saez.ch